



Christian Weber



Andreas Kühn

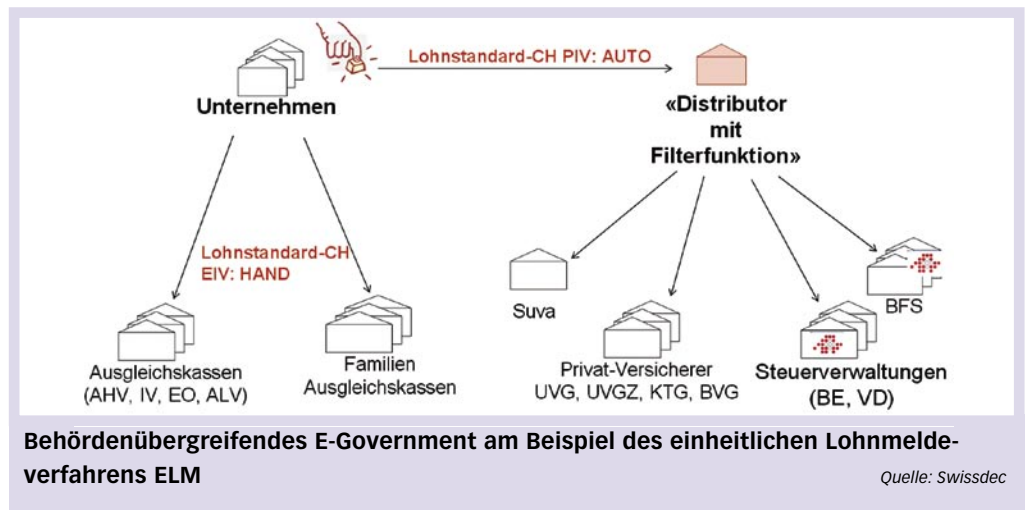
Cross E-Government: zusammen und effizient

Behördenübergreifendes E-Government integriert die Verwaltungsprozesse der öffentlichen Hand. Aufwändige Mehrfachangaben derselben Informationen werden für Schweizer KMUs hinfällig. Standards und Referenzprozesse für E-Government werden harmonisiert.

Unternehmen sollen sich auf die Produktion und die Leistungserstellung konzentrieren. Zu viel staatliche Bürokratie hindert sie daran, dies zu tun. Eine Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zeigt auf, dass kleinere und mittlere Unternehmen (KMUs) im Monat durchschnittlich 55 Stunden für den Behördenverkehr aufwenden. Das geschätzte Sparpotenzial in den Unternehmen und der Verwaltung beträgt rund 2,3 Milliarden Franken. Hier ist Handlungsbedarf angezeigt; der Behördenverkehr ist für Unternehmen zu vereinfachen und – da wo möglich – sind alte Zöpfe der Bürokratie abzuschneiden. Richtig verstandenes E-Government hilft der Verwaltung, einen grossen Schritt in die richtige Richtung voranzukommen und bedeutet letztlich einen Standortvorteil für die Schweizer Wirtschaft. Denn produktiver heisst für KMUs auch wettbewerbsfähiger zu sein.

E-Government-Inseln überbrücken

Vereinzelte, in der Schweizer Behördenlandschaft verstreute E-Government-(Insel-)Lösungen reichen nicht aus, um den Bedürfnissen der Wirtschaft nach effizientem und bedarfsgerechtem Behördenverkehr nachzukommen. Die Marschrichtung ist klar: Die E-Government-Strategie der Schweiz will, dass der Behördenverkehr mit der Wirtschaft sowie zwischen den Behörden modernisiert wird und elektronisch erfolgt. Es gilt, die bestehende E-Government-Landschaft zu konsolidieren und wo notwendig auszubauen. Dabei wird auf bestehende Anwendungen und deren Prozesse gesetzt, die mittels einer Integrationsarchitektur medienbruchfrei miteinander vernetzt werden. Daten sollen so – unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen – einmalig erhoben und von den vorgesehenen Verwaltungsstellen gemeinsam genutzt werden. Die öffentliche Verwaltung muss verstehen, wie sie die Bürokratie für die Unternehmen auf ein minimales Mass reduzieren kann. Unternehmen wiederum müssen gewillt sein, den elektronischen Behördenverkehr zu nutzen.



Sind Schweizer Behörden zu wenig innovativ?

Mag man verschiedenen Studien Glauben schenken, so ist es um die Entwicklung von E-Government in der Schweiz nicht zum Besten bestellt. Nicht nur gilt es, die herkömmlichen technischen, organisatorischen und rechtlichen Herausforderungen zu meistern. Im behördenübergreifenden E-Government steigt die Komplexität aufgrund der vernetzten Services unterschiedlicher Verwaltungsstellen, was in der Planung und der Umsetzung viel zusätzliche Zeit benötigt. Und nicht zuletzt verhindern bestehende Anreizstrukturen in der öffentlichen Verwaltung die behördenübergreifende Zusammenarbeit, anstatt sie zu fördern. Dennoch gibt es sie, die behördenübergreifenden E-Government-Services, die Verwaltungsstellen verschiedener föderaler Ebenen verbinden und den Unternehmensalltag (wie auch denjenigen der Verwaltung!) erleichtern. An dieser Stelle werden zwei Beispiele stellvertretend für derzeit laufende Projekte vorgestellt:

- Behördenübergreifendes E-Government setzt ein gemeinsames Verständnis einer Leistung an unterschiedlichen Stellen und auf verschiedenen föderalen Ebenen voraus. Im Projekt «Reference E-Gov» erarbeitet das Seco und die Bundeskanzlei mit mehreren Kantonen Musterbeschreibungen von Behördenleistungen

(Beschreibung der öffentlichen Leistungen, Themenkataloge, Synonyme, Deskriptoren, Metadaten) aus. Erarbeitete Referenzprozesse werden interessierten Stellen der Verwaltung angeboten. Dies ist eine Voraussetzung für den Datenaustausch zwischen Behörden und letztlich für Transaktionen mit Unternehmen.

- Unternehmen müssen Lohnmeldungen an verschiedene Stellen machen. Die Lohndaten mussten bislang aufgrund unterschiedlicher Anforderungen jeweils einzeln gemeldet werden. Das einheitliche Lohnmeldeverfahren (ELM), initiiert durch die Suva und umgesetzt durch den Verein Swissdec, erlaubt die Lohnmeldungen an die Sozialversicherungen, Versicherungen, Steuerverwaltungen und an das Bundesamt für Statistik in einem einzigen Verfahren zu melden. In den Unternehmen sind 90 Pro-

Christian Weber ist im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) Leiter E-Government für KMUs und Mitglied des Expertenrats E-Gov-Strategie Schweiz. christian.weber@seco.admin.ch.

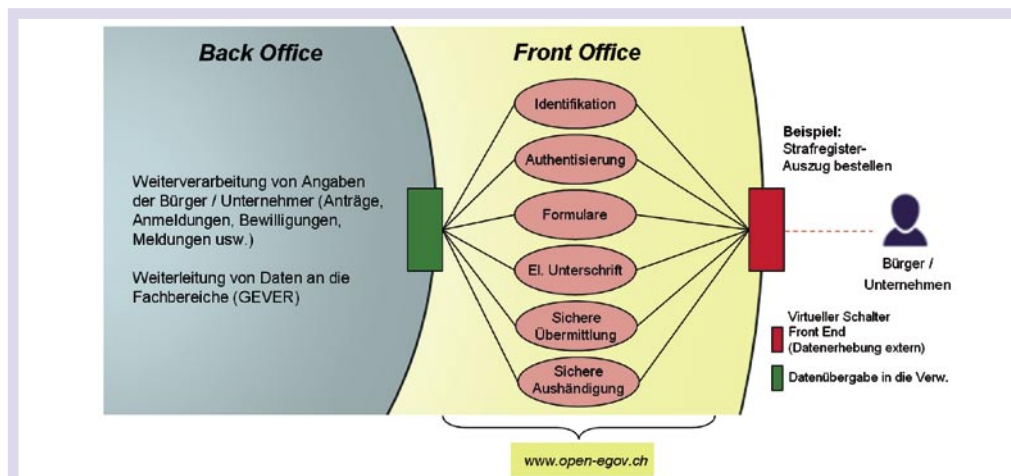
Andreas Kühn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum Public Management und E-Government der Berner Fachhochschule. andreas.kuehn@bfh.ch

zent der notwendigen Daten für das ELM bereits elektronisch vorhanden. Die Lohn-daten werden aus der Unternehmensbuchhaltung in ein XML-Format exportiert, elektronisch signiert und verschlüsselt einem unabhängigen Distributor sicher übertragen. Dieser prüft die Authentizität und Integrität der Daten und verteilt diese bedarfsgerecht weiter an die jeweiligen staatlichen und privaten Organisationen.

Die beiden exemplarischen Beispiele zeigen, dass behördenübergreifendes E-Government funktioniert. Es soll hier aber nicht verschwiegen werden, dass es sich um aufwändige Projekte handelt, die die Abstimmung unterschiedlicher Stakeholder, deren Ziele und Interessen erfordert.

Mit Standards und Mehrfachverwendung zum Erfolg

Behördenübergreifendes E-Government setzt gemeinsam genutzte Standards voraus. Damit wird Interoperabilität auf verschiedenen Stufen zwischen Verwaltungsstellen und Unternehmen im elektronischen Behördenverkehr sichergestellt. Lösungen sollen einmal entwickelt und im Sinne der Mehrfachverwendung von allen interessierten Kreisen verwendet werden. Nicht zuletzt fordern knappe finanzielle Ressourcen die öffentliche Hand, Standardisierung und Mehrfachverwendung voranzutreiben. Beispielsweise werden Referenzmodelle für Prozesse erstellt, indem Prozesse erfasst, vereinfacht und in Form von Prozessbausteinen der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen von



Open E-Gov: SOA-Baukasten für virtuelle Amtsschalter (Beispiel: Strafreregisterauszug bestellen)

Quelle: Seco

Reference E-Gov werden derzeit in den Kantonen Neuenburg (Zivilstandswesen), Genf (Unternehmensgründung in der Gastronomie inklusive weitergehenden Bewilligungsverfahren) und Luzern (Baubewilligung) solche Prozesse aufgenommen. Im Sinne der Mehrfachverwendung können und sollen die daraus erstellten Referenzprozesse von anderen Kantonen für deren Zwecke angepasst werden.

Die Produktion und Distribution von Verwaltungsleistung im E-Government soll modular in die Bereiche Back Office, Front Office und Front End aufgeteilt werden können. In der Regel bleibt die Produktion eine hoheitliche, fachspezifische Aufgabe. Jedoch sind die Services in der Distribution stark generisch und können serviceorientiert auch für andere Verwaltungsstellen angeboten

werden. An dieser Schnittstelle setzt die Idee der transorganisationalen Prozessintegration durch behördenübergreifendes E-Government an. Hier macht sich die serviceorientierte Plattform «Open eGov» stark. Ziel der gemeinsamen Initiative des Bundesamts für Justiz und des Seco ist es, allen interessierten Verwaltungsstellen rasch Verwaltungsdienste elektronisch anbieten zu können. Nach dem Baukastenprinzip werden für das Front Office Basisdienste wie Webformulare, E-Payment, Datenverkehr, elektronische Unterschrift und elektronische Aushändigung angeboten. Die Entwicklung der Basisdienste folgt der Philosophie «eigene Kosten tragen – Nutzen vermehren». Dabei werden Basisdienste als Open-Source-Module entwickelt und kostenfrei den Interessenten zur Verfügung gestellt.

Behördenübergreifendes E-Government

Behördenübergreifendes E-Government macht integrierte transorganisationale Verwaltungsprozesse über alle föderalen Ebenen hinweg möglich. Als Grundlagen dienen bereits bestehende E-Government-Services, die es in einem ersten Schritt zu konsolidieren und dann mittels einer Integrationsarchitektur organisationsübergreifend zu orchestrieren gilt. Der Nutzen einer integrierten Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen liegt in der Verwendung von gemeinsamen Daten und Prozessen in verteilten Front- und Back Offices. Auf dieser Basis können echte One-Stop-Verwaltungsportale mit einheitlichen Ansprechpartnern realisiert und deren Verwaltungsleistungen den Bürgern sowie der Wirtschaft und der Verwaltung nachfragespezifisch angeboten werden.

Veranstaltung zum Thema

Am Freitag, dem 19. September 2008, von 8.30 bis 15.00 Uhr veranstaltet das Kompetenzzentrum Public Management und E-Government der Berner Fachhochschule eine Tagung zum Thema «Behördenübergreifendes E-Government» mit Referenten aus der Schweiz, Deutschland und Österreich. Die Veranstaltung richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung aller Ebenen. Das Programm und das Anmeldeformular finden Sie unter: www.e-government.bfh.ch/crossegov

Sicherer elektronischer Wirtschaftsraum Schweiz

Behördenübergreifendes E-Government spielt nicht nur im Abbau unnötiger Bürokratie eine wichtige Rolle. E-Government wird bei der integralen Erbringung von Verwaltungsleistungen zu einem wirtschaftlichen Standortvorteil avancieren. Dazu sehe man sich etwa die Ziele der EU im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie an, die für (ausländische) Unternehmen einen einheitlichen Ansprechpartner für sämtliche Verwaltungsgeschäfte ab Ende 2009 vorsieht, der diese vollständig elektronisch abwickelt. In einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wie der Schweiz ist der elektronische Wirtschaftsraum zentral für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Handeln von Unternehmen und Bürgern. Vernetztes E-Government ist ein fester Bestandteil im elektronischen Wirtschaftsraum und wird über nationale Grenzen hinweg an Bedeutung gewinnen, was bereits heute in einzelnen Bereichen Realität ist.